Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 11

Artikel: Die gefährliche Lücke
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140824

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die gefährliche Lücke

Im «Bulletin of the Atomic Scientists» vom Oktober 1963 befaßt sich *Eugene Rabinowitch*, wie immer meisterhaft, mit den Zusammenhängen zwischen Wissenschaft und Politik. Wir unterbreiten Ihnen seine Ausführungen in gekürzter Form unter vorstehendem Titel.

Zu den verhängnisvollsten Erscheinungen unserer Zeit gehört der Rückstand unserer sozialen und politischen Wirklichkeit auf die notwendige Anpassung an die neuen Lebensbedingungen, die sich durch die sprunghafte Entwicklung der Wissenschaft wie der Wirtschaft herausgebildet haben.

Ein Beispiel für viele. Während die Wissenschaft in dauerndem Ausbau begriffen ist und in der Wirtschaft die Idee ständigen Wachstums seit einiger Zeit als normale und nicht als Ausnahmeerscheinung empfunden wird, erwies sich das soziale und politische Denken viel widerstandsfähiger gegenüber der Idee des Fortschritts und der Entwicklung. Große Bevölkerungsgruppen und viele politische Führer glauben noch jetzt an ein unbeschränktes Fortdauern gewisser sozialer Einrichtungen der Vergangenheit. Während zum Beispiel die Klassenstruktur der Gesellschaft — noch im Viktorianischen England als von Gott gewollt betrachtet — heute in langsamer Auflösung begriffen ist, wird nationale Souveränität in den meisten modernen Staaten (und nicht nur im Frankreich de Gaulles) als unabdingbar empfunden. Oder: Rassentrennung wird noch heute in Südafrika wie im Süden der USA als Dauerzustand zu erhalten versucht. Doch Wissenschaft und Technik verändern auch Form und Lebensbedingungen von Gesellschaft und Staat, und eine Weigerung, diese Bedingungen mit den neuen Erkenntnissen in Übereinstimmung zu bringen, birgt in sich die Gefahr nationaler Dekadenz oder sogar Zerstörung. So wird das Beharren auf nationaler Souveränität — oder vielmehr auf deren äußerer Form — weil die Souveränität von der modernen Technologie längst ausgehöhlt ist — zur größten heutigen Gefahr für alle Nationen, groß und klein. Das Beharren auf Rassentrennung, andererseits, droht die weiße Zivilisation Südafrikas zu zerstören und hemmt die gedeihliche Entwicklung der amerikanischen Südstaaten.

Die Wissenschaft hat dem Krieg innerhalb einiger Jahre solche Zerstörungskraft verliehen, daß er, obwohl einstmals nahezu legitimes Instrument im wirtschaftlichen Wettbewerb, heute in dieser Funktion ausgeschaltet ist. Die Franzosen und Engländer machten 1956 einen letzten Versuch, durch einen militärischen Handstreich die Kontrolle über den Suezkanal — eine Hauptölader — zu retten. Ihr Unternehmen war ein Mißerfolg und mag in der Geschichte als letzter Versuch, die wirtschaftlichen Interessen von Nationen mit Waffengewalt zu sichern, seinen Platz finden.

Anderseits haben Wissenschaft und Technik Marxens Prognose einer zunehmend verarmenden Arbeiterklasse durch die über alle Erwartung gesteigerte Produktivität moderner Industrie auf den Kopf gestellt. Die moderne Industriegesellschaft bedarf der Industriearbeiter als Käufer ihrer in Massen produzierten Güter. «Die Wissenschaft hat», wie Stefan Dedijer, der jugoslawische Physiker sich ausdrückt, «den Kapitalismus vor dem Angriff empörter Massen gerettet.» Doch in jenen Teilen der Welt, wo der Übergang von der Mangelwirtschaft zur Überflußwirtschaft zu spät kommt, hat der Kapitalismus wohl seine Chance verloren.

1945 wurde die Wirtschaft Amerikas von einer neuen Waffe in Kenntnis gesetzt. Einige Wissenschafter, die im geheimen daran gearbeitet hatten, versuchten im letzten Augenblick ihren Einsatz aufzuschieben, indem sie der Regierung das Verhängnis eines solchen Schritts vor Augen hielten. Sie wiesen nach, daß in wenigen Jahren andere Nationen unvermeidlich in den Besitz der Atombombe gelangen würden — mit den daraus folgenden Konsequenzen für die Sicherheit Amerikas. Doch diese Vorstellungen machten im Juni 1945 keinen Eindruck in Washington — Hiroshima und Nagasaki wurden ausradiert —, der Krieg endete und das nukleare Wettrüsten begann gleichzeitig.

Um diese neueste Epoche unserer Geschichte (denn die amerikanische ist jetzt auch unsere Geschichte, d. Ü.) zu charakterisieren, genügt es, die Erklärung Präsident Kennedys zu erwähnen, nach welcher zunehmende Rüstung mit verminderter Sicherheit einhergeht.

Ein nächster Krieg — so sieht man voraus — dürfte die Affäre *eines Tages* sein. Es ergibt sich daraus, daß die ganze Rüstung bis auf das letzte Detail in Friedenszeiten bereitgestellt werden muß, wie auch die psychologische Vorbereitung auf den Krieg — die Verwandlung des potentiellen Gegners in ein Ungeheuer — nicht warten kann, bis die Katastrophe hereinbricht. Darum der «Kalte Krieg».

Eine Frage: Wie kann angesichts der stürmischen technischen Entwicklung und der überwältigenden Priorität der Kriegsvorbereitungen über die zivilen Aufgaben noch von «regieren» die Rede sein? Der Präsident hat wohl seine wissenschaftlichen Berater, den nationalen Forschungsrat und ähnliche Gremien zur Seite. Aber selbst an höchster Stelle ist das Verständnis für die wissenschaftlichen Tatsachen, die für die Lage bestimmend sind, sehr prekär. Nicht mehr so primitiv wie zur Zeit Trumans — der von der Atomic-Energy Commission 1949 *gezwungen* werden mußte, der Öffentlichkeit die Explosion einer russischen Atombombe bekanntzugeben, sich aber bis zum Ende seiner Präsidentschaft weigerte, seine eigene Erklärung zu glauben. Die Überzeugung von der technischen Rückständigkeit der Russen war ihm nicht zu nehmen.

Es läßt sich leicht ausdenken, wie viele Diskussionen und Ent-

scheide im Repräsentantenhaus und Senat vor sich gehen, wie Beschlüsse, die Milliarden von Dollars involvieren, in Unkenntnis der wissenschaftlichen Fakten gefaßt werden müssen, sind doch weder Abgeordnete noch Senatoren Fachleute. Das bedeutet, daß sie sich völlig auf Beamte, und zwar oft Beamte miteinander rivalisierender militärischer Waffengattungen, verlassen müssen oder auf Fachleute industrieller Betriebe, die eigene Interessen verfolgen.

Wenn in der Regierung heute mehr Bereitschaft besteht, auf die «eggheads» zu hören, wenn Grundlagen- und angewandte Forschung immer mehr behördliche Förderung erfahren, so kann man doch nicht sagen, daß sich die Regierungen in Amerika wie in anderen Ländern des Westens der Lage entsprechend einstellen. Wie Eugene Rabinowitch im «BAS» sich ausdrückt, wissen sie alle, Präsident und USA-Regierung, Mr. Chruschtschew, Mr. Macmillan und der Papst, daß die technische Entwicklung den Krieg mit modernen Waffen unmöglich macht, «aber keiner von ihnen hat die Phantasie — oder den Willen — als Staatsmann neue Wege politischen Vorgehens zu suchen, die der neuen Weltsituation gerecht werden. Sie versuchen, den neuen Wein der wissenschaftlichen Revolution in die alten Schläuche der Machtpolitik zu füllen, die ihn nicht mehr fassen können.» Oder, um ganz konkret zu werden, damit «Rebellen» in Südvietnam und anderswo zeitgemäß erledigt werden können, verwendet man die neuesten Erzeugnisse der Chemie oder Napalm. Foster Dulles hatte 1954 sogar vorgeschlagen, die Atomwaffe gegen sie einzusetzen (d. Ü.).

Wie viele andere kritische Probleme hat doch die Wissenschaft in neuester Zeit mit sich gebracht, die die Regierungen, zunächst der fortgeschrittenen Nationen, zu lösen haben? Wie werden sie zum Beispiel mit der überhöhten Produktivität der modernen Industrie, der durch Automation erzeugten strukturellen Arbeitslosigkeit begegnen? Es ist dies ein Problem, das einen ganzen Rattenschwanz weiterer Fragen zu lösen aufgibt. Wie stellen sie sich zur Tatsache, daß bisherige Energiequellen (in der Schweiz die Wasserkraftwerke) den zunehmenden Energiebedarf nicht mehr decken? (Von Rabinowitch seltsamerweise nicht erwähnt, gehört hieher auch das Problem der Verschmutzung unserer Lebenselemente Wasser und Luft, eine Gefahr, die innerhalb von Jahren akute Formen annehmen dürfte, d. Ü.) Was hat zu geschehen angesichts der durch die Fortschritte der Medizin erzeugten höheren Lebenserwartung, die zu einer ständig betonteren Überalterung der westlichen Völker führt?

Eugene Rabinowitch läßt noch weitere zum Teil unheimliche Durchblicke in die Zukunft offen. Er sieht unter anderem für eine nahe Zukunft etwas voraus, was als Beeinflussung unseres Fühlens und Denkens und unserer geistigen Haltung durch psychochemische Drogen oder Gase zu bezeichnen ist. Der bloße Gedanke an eine solche Einflußnahme durch irgendeine anonyme Interessengruppe

(siehe Vance Packard: Die heimlichen Verführer) oder auch durch die offiziellen Public-Relations-Manipulierer ist unerträglich, muß aber im Auge behalten werden, um so mehr als Zuflucht zu solch direkter Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Regierungsstellen durchaus denkbar ist, wenn sich Situationen akuter Gefahr einstellen. Angst vor militärischer Aggression und Maßnahmen gegen subversive Tätigkeit durch feindliche Agenten haben in den westlichen Regierungsstellen immer noch den Vorrang vor Gefahren und Problemen, wie sie oben skizziert wurden.

Was ist nach Eugene Rabinowitchs Auffassung vorzukehren, um für die neue und stetig sich ändernde Situation gewappnet zu sein? Sein Appell geht zunächst an die Wissenschafter. Wissenschafter sein bringt heute mit sich: Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Wir bedürfen aber auch der Juristen, Historiker, Soziologen, Wirtschafter und sogar der Pfarrer, die verstehen, was die Wissenschaft will, was man von ihr erwarten kann — vor allem aber was sie der Gesellschaft und der Menschheit an Aufgaben stellt. Was sich daraus als weitere Forderung ergibt, ist ein engerer Kontakt auch zwischen Parlamentariern oder Vertretern anderer sozialer Gruppen und Wissenschaftern, die zu einer Darlegung der heutigen Probleme auch vom Standpunkt des Laien führen muß. Solcher Kontakt muß notwendigerweise beide Partner des Gesprächs stimulieren. *Red.*

Was können die Kirchen für den Frieden tun?

I. *Entsetzen am Himmelfahrtstage*

Am Himmelfahrtstage, dem 23. Mai 1963, brachte das Radio einige Meldungen von der NATO: es wurde mitgeteilt 1. daß die NATO-Minister in ihrer Sitzung sich über die Gründung einer multilateralen NATO-Kernwaffenmacht geeinigt haben; 2. daß der Vorschlag des früheren NATO-Generalsekretärs Paul Henri Spaak, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt einen Nichtangriffsvertrag zu schließen, abgelehnt sei; 3. daß die Vereinigten Staaten, am Tage vor Himmelfahrt, wieder eine unterirdische Versuchsexplosion gemacht haben; 4. die Minister sich darüber einig seien, daß das heutige Tauwetter in der Politik vorübergehend sein könne; man müsse darauf vorbereitet sein, daß Rußland immer wieder Böses im Schilde führe.

Ein anderer Vorschlag Spaaks, am 7. Mai bekanntgegeben, dem Rapacki-Plan in irgendeiner Form zuzustimmen, war damit zugleich unter den Tisch gewischt. Ein Vorschlag der Sowjetunion, das Mittelmeergebiet kernwaffenfrei zu erklären, war am Vortage schon als lächerlich und als bloße Propaganda abgetan worden.